

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Rechnungsprüfungsausschusses am 07.11.2012**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 17:05 Uhr bis 18:35 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	Vertreter für Frau Dr. Ulrike Wünscher
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	Vertreter für Herrn Roland Hildebrandt
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.	
Herr Thomas Felke	SPD	
Frau Katharina Hintz	SPD	Vertreterin für Herrn Dr. med. Detlef Wend
		Anwesend bis 17:31
Herr Gerry Kley	FDP	
Herr Denis Häder	MitBÜRGER für Halle	Anwesend ab 17:07 Uhr
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Hartmut Büchner	SKE	
Herr Wolfgang Matschke	SKE	
Herr Volker Preibisch	SKE	
Herr Bernd Voigtländer	SKE	
Herr Egbert Geier	Bürgermeister	
Frau Sybille Brünler-Süßner	Verwaltung	
Frau Beate Naumann	Verwaltung	
Frau Silvia Räder	Verwaltung	
Frau Dorit Schmidt	Verwaltung	
Herr Renè Simeonow	Verwaltung	
Frau Annett Groß	Verwaltung	
Herr Jörg Baus	Verwaltung	
Herr Thomas Godenrath	Verwaltung	

Entschuldigt fehlen:

Herr Roland Hildebrandt	CDU	Entschuldigt, Vertreter: Herr Andreas Scholtyssek
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	Entschuldigt, Vertreter: Herr Andreas Schachtschneider
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	Entschuldigt
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD	Entschuldigt, Vertreterin: Frau Katharina Hintz
Herr Karl-Heinz Gärtner	SKE	Entschuldigt
Herr Matthias Havranek	SKE	Entschuldigt
Herr Thomas Hoffmann	SKE	Entschuldigt
Herr Matthias Waschitschka	SKE	Entschuldigt

Gäste

Herr Jens Rauschenbach

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 12.09.2012
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Schriftliche und regelmäßige Berichterstattung in den Fachausschüssen und im Stadtrat
Vorlage: V/2011/10362
 - 4.2. Stellungnahme der Verwaltung zum Bericht über die Prüfung des Ersatzneubaus Kurt-Wabbel-Stadion in der Stadt Halle (Saale) unter Berücksichtigung der Gewährung von Fördermitteln des Landes gemäß § 88 ff. LHO i.V.m. § 126 GO LSA
Vorlage: V/2012/11154
 - 4.3. Übertragung von Verwendungsnachweisprüfungen auf das Rechnungsprüfungsamt
Vorlage: V/2012/11156
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Korruptionsprävention
Vorlage: V/2012/10985
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
7. Mitteilungen
 - 7.1. Beantwortung der Anfragen aus der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 12.09.2012
 - 7.2. Bericht über die Prüfung ausgereicher Fördermittel an den Stadtsporthund in den Haushaltsjahren 2007 bis 2010
 - 7.3. Sonstiges
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Nagel eröffnete die Sitzung um 17:05 Uhr und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

17:07 Uhr – Herr Häder, Herr Geier, Herr Baus und Herr Rauschenbach trafen ein.

Frau Krausbeck beantragte, die Vorlage V/2012/11154 – Stellungnahme der Verwaltung zum Bericht über die Prüfung des Ersatzneubaus Kurt-Wabbel-Stadion in der Stadt Halle (Saale) unter Berücksichtigung der Gewährung von Fördermitteln des Landes gemäß § 88 ff. LHO i.V.m. § 126 GO LSA – in erster Lesung im Rechnungsprüfungsausschuss zu behandeln, weil die Stellungnahme so spät verschickt wurde und eine Abstimmung in den Fraktionen nicht mehr möglich war.

Das wurde abgelehnt.

Frau Nagel bat um Abstimmung über die Feststellung der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

10 Ja-Stimmen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 12.09.2012

Frau Nagel fragte nach, ob es zur Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 12.09.2012 noch Bemerkungen gäbe und bat um Abstimmung zur Genehmigung der Niederschrift.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

6 Ja-Stimmen

4 Enthaltungen

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.1 Schriftliche und regelmäßige Berichterstattung in den Fachausschüssen und im Stadtrat Vorlage: V/2011/10362

Frau Nagel erläuterte, dass diese Vorlage sich auf einen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN aus dem Jahr 2011 (Vorlage: V/2011/09692) gründet.

Die Ausschüsse sollen über die angegebenen Berichte befinden. Hintergrund sei der, dass beispielsweise Berichte zur Kenntnis gegeben werden, obwohl der Bedarf nicht mehr vorhanden sei.

Es würden aber auch Berichte mündlich zur Kenntnis gegeben, die sicherlich von großem Interesse seien, aber in einer „regelmäßigen Berichterstattung“ nicht verankert seien.

Ziel sei es, den Interessen der Ausschüsse gerecht zu werden und dies nachhaltig zu erfassen.

Der betreffende Ausschuss solle über die angegebenen Berichte befinden und Änderungen in Form von Ergänzungen oder Streichungen für die in dem Ausschuss zu erstattenden Berichte befinden.

Frau Krausbeck regte an, die Liste der Berichterstattungen um eine Auflistung der Prüfberichte des Rechnungsprüfungsamtes (RPA) einmal jährlich zu erweitern.

Worauf hin Herr Kley bemerkte, dass bisher das RPA am Jahresbeginn den Rechnungsprüfungsausschuss über seine geplanten Prüfungsschwerpunkte in Kenntnis gesetzt habe, dies aber wohl jetzt nicht mehr praktiziert werde.

Frau Brünler-Süßner äußerte dazu, dass der Hintergrund dieser Verfahrensweise darin bestehe, dass das RPA aus Sicht des Geprüften unvorhergesehen prüfen möchte und keine Vorankündigung mehr erfolgen solle, wodurch eine Veröffentlichung erst im Nachhinein erfolgen könne.

Frau Krausbeck signalisierte, dass sie das verstehe.

Herr Häder und Herr Felke schlugen vor, die Liste der Berichte um den Bericht über die extern von der Stadt Halle (Saale) vergebenen Gutachterleistungen zu erweitern.

Auf Anregung von Frau Krausbeck – Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – soll die Anlage Berichterstattungen um den Bericht über die erstellten Prüfberichte des Rechnungsprüfungsamtes erweitert werden.

	letzte erfolgte Berichterstattung	Turnus	Status
	letzte erfolgte Berichterstattung	Turnus	Status
Bericht über die erstellten Prüfberichte des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Halle		jährlich	Kenntnisnahme -> im RPA und im Stadtrat
Bericht über die von der Stadt Halle (Saale) extern vergebenen Gutachterleistungen		jährlich	Kenntnisnahme -> im RPA und im Stadtrat

Herr Geier sagte zu, dass die Verwaltung beide Punkte übernimmt.

Frau Nagel bat die sachkundigen Einwohner um ihr Votum zu der Vorlage.

Die sachkundigen Einwohner stimmten dem Beschlussvorschlag mit der erweiterten Berichterstattung einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen

Dann bat sie die Ausschussmitglieder um Abstimmung über den geänderten Beschlussvorschlag.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt – 10 Ja- Stimmen

Geänderter Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Vorlage der Berichterstattungen in den Fachausschüssen bzw. im Stadtrat einschließlich deren Terminisierung (siehe Anlage) mit folgender Ergänzung der Anlage Berichterstattungen:

	letzte erfolgte Berichterstattung	Turnus	Status
	letzte erfolgte Berichterstattung	Turnus	Status
Bericht über die erstellten Prüfberichte des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Halle		jährlich	Kenntnisnahme -> im RPA und im Stadtrat
Bericht über die von der Stadt Halle (Saale) extern vergebenen Gutachterleistungen		jährlich	Kenntnisnahme -> im RPA und im Stadtrat

zu 4.2 Stellungnahme der Verwaltung zum Bericht über die Prüfung des Ersatzneubaus Kurt-Wabbel-Stadion in der Stadt Halle (Saale) unter Berücksichtigung der Gewährung von Fördermitteln des Landes gemäß § 88 ff. LHO i.V.m. § 126 GO LSA Vorlage: V/2012/11154

Zu Beginn der Diskussion bat Frau Nagel um Erteilung des Rederechtes an Herrn Jens Rauschenbach, welcher extern mit der Baukoordination beauftragt war. Die Ausschussmitglieder stimmten einstimmig zu.

Herr Kley merkte an, dass durch Auslagerungen von Leistungen fachspezifisches Wissen über Vorgänge in der Stadtverwaltung verloren gehe.

Frau Nagel unterstützte diese Meinung.

Herr Geier äußerte, dass die Komplexität in diesem Fall das Hinzuziehen von Fachleuten wie Herrn Rauschenbach rechtfertige, aber die Anmerkung von Herrn Kley nicht von der Hand zu weisen und in Zukunft nachdenkenswert sei.

Frau Brünler-Süßner wies darauf hin, dass sich die Aktivitäten der Rechnungsprüfung lediglich auf Vergabeproofungen bezogen hätten. Das RPA sei weder durch den Landesrechnungshof noch die Verwaltung in die Prüfung des Ersatzneubaus des Kurt-Wabbel-Stadions einbezogen worden.

Herr Geier informierte das Gremium, dass der Landesrechnungshof die Prüfung vorgenommen habe und es dabei keine Rückkopplung mit dem RPA gegeben habe. Die Prüfung habe in einem Zeitraum von vier Wochen in unterschiedlichen Bereichen stattgefunden und sei sehr komplex gewesen.

Herr Baus sei für die Vergaben und Herr Rauschenbach für die Baukoordination und die Überwachung der Rechnungslegung zuständig gewesen.

Weiter führte er aus, dass der Bericht des Landesrechnungshofes sich an zwei Adressaten richte und zwar an die Stadt Halle (Saale) und das Land Sachsen-Anhalt.

Die Stellungnahme der Stadtverwaltung liefere nur die Antworten für die Stadt.

Der Entwurf des Berichtes des Landesrechnungshofes sei der Stadt Halle vorgelegt worden und es habe dazu eine Anhörung gegeben, deren wesentliche Aspekte aber schlussendlich nicht in den Bericht eingeflossen seien.

Er betonte, dass das Nutzungsrecht für das Stadion nicht nur beim Hauptnutzer HFC sondern auch bei dem Verein, der am höchstrangigsten spiele, liege, was aber im Bericht des Landesrechnungshofes nicht zur Geltung komme.

Er verwies darauf, dass vergleichbare Bauten im Durchschnitt um sechs Millionen Euro teurer seien als dieses Stadion und von Geldverschwendung keine Rede sein könne. Außerdem verfüge es über eine sehr gute Resonanz bei der Bevölkerung und es bestehe großes Interesse von anderen Städten an der Steuerung und Konzeption.

Frau Nagel fragte nach, ob es noch Diskussionsbedarf zur Stellungnahme der Stadtverwaltung gäbe.

Die Ausschusssmitglieder einigten sich darauf, dass die angekündigten Wortmeldungen der Reihe nach behandelt werden sollten.

Frau Krausbeck wollte wissen, ob es Anzeichen dafür gäbe, dass die Investitionsbank oder die Kommunalaufsicht reagieren.

Herr Geier verneinte dies.

Herr Rauschenbach verdeutlichte noch einmal, dass der Verwendungsnachweis keine Abweichungen vom Fördermittelbescheid darstelle. Auf Nachfrage von Herrn Preibisch teilte er mit, dass der Landesbetrieb Bau geprüft habe und es keine offenen Punkte gäbe und alle Punkte bis zur Schlussrechnung geprüft worden seien.

Herr Preibisch interessierte sich noch dafür, ob die Aufstellung der Kosten die Grundstückskosten beinhalte und ob es Vergleiche zu Betriebskosten gäbe.

Herr Rauschenbach äußerte, dass die Grundstückskosten nicht enthalten seien und Vergleiche zu Betriebskosten schwer zugänglich seien. Man sei aber bei den Betriebskosten im Kostenrahmen geblieben und er verwies auf das Energiekonzept.

Auf die Frage von Herrn Preibisch, ob auf eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung verzichtet worden sei, antwortete Herr Rauschenbach, dass es diese im Vorfeld gegeben habe und diese vom Landesverwaltungsamt geprüft worden sei, worüber es einen Bericht gäbe.

Herr Geier verwies darauf, dass sich die Kritik des Landesrechnungshofes darauf beziehe, dass das Land keine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung gemacht habe.

Frau Krausbeck äußerte, dass sie von Herrn Geier gerne zwei Verfügungen des Landesverwaltungsamtes zur Verfügung gestellt haben möchte:

Schreiben vom 12.08.2012

Schreiben vom 12.07.2012

Herr Geier sagte dies zu.

Frau Nagel äußerte, dass sie eine eindeutige Aussage der Stadtverwaltung hinsichtlich der Übertragung von Kosten für zusätzliche Ausstattungen des Stadions auf die Nutzer vermisse.

Herr Rauschenbach verwies darauf, dass es sich hier um keinen Luxus, sondern um sportmedizinischen Standard handele und der HFC Miete für die Nutzung des Stadions zahle.

Herr Schachtschneider merkte an, dass es sich hier u. a. um die Sauna und das Entspannungsbecken handele, die verhältnismäßig klein seien.

Herr Baus ergänzte, dass die Stadt Halle Eigentümer sei und das Objekt insgesamt besser vermarktet werden könne, zumal der HFC nicht alleiniger Nutzer sei.

Frau Krausbeck hinterfragte, weshalb die Stadt Halle dem Wunsch des HFC zur Umplanung des 2. Obergeschosses des Funktionsgebäudes entsprochen habe, die einen Mehraufwand bedeutet habe.

Herr Rauschenbach entgegnete, dass das Gebäude multifunktional genutzt werden und das Stadion besser vermarktet werden könne.

Weiter fragte Frau Krausbeck an, weshalb von 228 Beschlüssen zu Verkaufsvorgängen von Grundstücken nur 21 in den Finanzausschuss eingebracht worden seien.

Herr Geier informierte, dass die Vorgänge im Liegenschaftsamt akribisch behandelt worden seien.

Separate Grundstücke seien, um Gelder bereit zu stellen, genau definiert und mit dem Landesverwaltungsamt abgestimmt worden. Im Detail könne er dazu keine Auskunft geben.

Herr Häder äußerte die Vermutung, dass dies auf Grund der Wertgrenze sicher so gelaufen sei.

Frau Nagel erklärte, dass sie dazu eine Antwort von Herrn Geier im Finanzausschuss wünsche.

Frau Krausbeck wollte noch wissen, weshalb die geplanten Kosten für den Umbau des Stadions in Halle-Neustadt um 400 T€ überschritten worden seien.

Herr Rauschenbach bemerkte, dass dies nicht seine Zuständigkeit betroffen habe. Verantwortlich sei der Eigenbetrieb ZGM gewesen.

Frau Nagel bat Herrn Geier dazu im Finanzausschuss Stellung zu nehmen.

Herrn Büchner interessierte noch, was mit der großen noch brachliegenden Fläche geschehen werde.

Herr Rauschenbach informierte dazu, dass im Bebauungsplan eine klare Ausweisung existiere und der notwendige Bauantrag vom ZGM gestellt worden sei.

Frau Krausbeck und Frau Nagel hinterfragten, ob die Parkplätze öffentlich nutzbar seien, da es dazu unterschiedliche Informationen gäbe.

Herr Rauschenbach äußerte, dass die Parkplätze, außer an den Spieltagen, öffentlich nutzbar seien.

Herr Preibisch fragte, mit welcher finanziellen Belastung die Stadt Halle künftig außer den Betriebskosten noch zu rechnen habe, beispielsweise Abschreibungen, Mieten und Pachten.

Herr Rauschenbach äußerte, dass nach seiner Auffassung außer den Abschreibungen keine weiteren Kosten entstehen.

Die Stadt habe keine Investitionspflicht, diese liege bei der Betreibergesellschaft.

Zu den Mieten könne er keine Auskunft geben.

Herr Kley fragte nach, ob von der Landesregierung und von der Investitionsbank schon eine Stellungnahme vorliege.

Herr Rauschenbach informierte, dass es Gespräche gegeben habe, aber ein Bericht nicht vorläge.

Herr Kley bemerkte dazu, dass eine Absprache sicher sinnvoll sei, aber offensichtlich kein Interesse bestehe.

Herr Preibisch hinterfragte, was unter einer Sportstättenbenutzungsverordnung zu verstehen sei und weshalb diese nicht angewendet werde.

Herr Rauschenbach informierte, dass eine schriftliche Bestätigung des Landesverwaltungsamtes über die Nichtanwendbarkeit vorliege.

Herr Godenrath erklärte, dass in der Verordnung die Nutzung städtischer Sporteinrichtungen geregelt sei, diese hier aber nicht angewendet werden könne.

Frau Nagel stellte fest, dass im Moment kein weiterer Informationsbedarf bestehe und bat die sachkundigen Einwohner um ihr Votum zur Stellungnahme der Stadtverwaltung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt - 3 Ja-Stimmen; 1 Nein-Stimme.

Weiter bat sie um die Abstimmung über den Beschlussvorschlag zur Stellungnahme der Stadtverwaltung durch die Ausschussmitglieder.

18:15 Uhr – Herr Baus und Herr Rauschenbach verließen die Sitzung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Ja-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 1
Enthaltungen: 1

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die als Anlage beigefügte Stellungnahme zum vorgenannten Prüfbericht des Landesrechnungshofes vom 04.10.2012.

zu 4.3 Übertragung von Verwendungsnachweisprüfungen auf das Rechnungsprüfungsamt
Vorlage: V/2012/11156

Zu Beginn der Diskussion informierte Frau Brünler-Süßner, weshalb die Notwendigkeit bestehe, dass der Stadtrat das Rechnungsprüfungsamt mit den Verwendungsnachweisprüfungen beauftragt und verwies auf die Begründung für die Vorlage wie folgt:

Nach der gesetzlichen Streichung der Vorprüfung als Pflichtaufgabe des Rechnungsprüfungsamtes gehöre die Prüfung von Verwendungsnachweisen nicht mehr zu den in § 129 Abs. 1 GO LSA aufgezählten Pflichtaufgaben der Rechnungsprüfung. Eine Rechnungsprüfungsordnung, durch die der Stadtrat dem Rechnungsprüfungsamt diese Aufgabe übertragen habe, existiere in der Stadt Halle nicht.

Gleichwohl verlangen die Fördermittelgeber durch Fördervertrag oder Nebenbestimmungen zum Fördermittelbescheid weiterhin, dass das örtliche Rechnungsprüfungsamt eine Verwendungsnachweisprüfung vornehme und testiere, dass die Fördermittel ordnungsgemäß eingesetzt worden seien.

Da auch die Stadt Halle in erheblichem Umfang zur Durchführung von Projekten und Investitionsmaßnahmen auf die Inanspruchnahme von Fördermitteln angewiesen sei, sei sicherzustellen, dass dem Rechnungsprüfungsamt durch Beschluss des Stadtrates gemäß § 129 Abs. 2 GO LSA die Aufgabe der Verwendungsnachweisprüfung übertragen werde, soweit dies vom Fördermittelgeber verlangt werde.

Um eine im Interesse der Stadt liegende geordnete Fördermittelpraxis weiterhin aufrecht erhalten zu können, werde um antragsgemäße Entscheidung gebeten.

Herr Kley interessierte sich dafür, ob dazu mit einem erhöhten Personalbedarf zu rechnen sei.

Frau Brünler-Süßner äußerte, dass man das im Moment noch nicht abschätzen könne. Zum heutigen Zeitpunkt sei keine Personalverstärkung vorgesehen.

Frau Hintz hinterfragte den Hintergrund der Streichung der Pflichtaufgabe.

Frau Brünler-Süßner erklärte, dass lt. § 129 Abs. 1 GO LSA die Pflichtaufgabe gestrichen sei und der Fördermittelgeber die Prüfung selbst vornehmen müsse. Über die Allgemeinen Nebenbestimmungen zum Zuwendungsbescheid würden die Rechnungsprüfungsämter aber wieder zur Prüfung verpflichtet.

Frau Nagel bemerkte abschließend, dass die Fördermittelprüfungen sich häuften und die Vorlage deshalb hier zur Abstimmung vorläge.

Sie bat die sachkundigen Einwohner um Abstimmung über den Beschlussvorschlag.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt – 4 Ja-Stimmen.

Weiter bat sie die Ausschussmitglieder um ihre Abstimmung zum Beschlussvorschlag an den Stadtrat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

10 Ja-Stimmen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat überträgt dem Rechnungsprüfungsamt die Prüfung von Verwendungsnachweisen, soweit diese vom Fördermittelgeber durch Fördervertrag oder Fördermittelbescheid vom Rechnungsprüfungsamt verlangt wird.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Korruptionsprävention Vorlage: V/2012/10985

Herr Häder und Herr Felke äußerten sich positiv über die Stellungnahme der Stadtverwaltung und hinterfragten, wie man die Wertgrenze von 1.000 Euro verstehen müsse. Sie wollten wissen, ob auch mehrere Beträge, die dann 1.000 Euro ergeben würden, eingerechnet und Namen genannt würden.

Herr Geier erwähnte, dass es anonyme Spender gäbe.

Hinsichtlich der Sponsoringleistungen seien Einzelspenden auf den Jahresbetrag zugeschnitten und Namen würden genannt.

Herr Kley und Frau Krausbeck merkten an, dass Sponsoring immer auf einer Gegenleistung beruhe.

Außerdem äußerte Frau Krausbeck, dass die Stadt Magdeburg die Gegenleistung immer mit erwähne und sie das für sinnvoll erachte.

Herr Schachtschneider stimmte ihr zu.

Frau Brünler-Süßner bemerkte, dass durch das Rechnungsprüfungsamt bereits in seinem Bericht über die Jahresrechnung 2011 eine Maßgabe hinsichtlich der Benennung des Sponsoringgebers erfolgt sei.

Herr Häder beantragte, die Gegenleistung der Stadt in den Antrag aufzunehmen.

Frau Nagel bat die sachkundigen Einwohner um Abstimmung über den geänderten Antrag.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt – 4 Ja-Stimmen.

Abschließend bat sie die Ausschussmitglieder um Abstimmung zum geänderten Beschlussvorschlag an den Stadtrat.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

9 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme

Geänderter Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

in einem jährlichen Bericht entsprechende Einzelaufstellungen über erhaltene Geld-, Sach- und Dienstleistungen aus Sponsoring mit einem Wert von mehr als 1.000 Euro in geeigneter Form zu veröffentlichen.

Neben den Angaben

- des Empfängers der Leistung,
- der Bezeichnung der Sponsoringleistung,
- der Höhe des Geldbetrages/des Wertes der Leistung
- der Verwendung der Sponsoringleistung

soll auch die Angabe des Gebers namentlich **und die Gegenleistung der Stadt Halle (Saale)** genannt werden.

zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten

Schriftliche Anfragen wurden nicht gestellt.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Beantwortung der Anfragen aus der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 12.09.2012

Frau Nagel erklärte rückblickend, dass in der letzten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses Anfragen an die Stadtverwaltung gestellt worden seien.

Vor Beginn der Sitzung seien den Ausschussmitgliedern eine Tischvorlage mit den Antworten der Verwaltung und eine Tischvorlage mit der Antwort von Herrn Borries auf die Frage zu Punkt 5.3.4 des Schlussberichtes zur Verfügung gestellt worden. (Siehe Anlage zum Protokoll)

Sie stellte fest, dass kein weiterer Informationsbedarf zu diesem Punkt bestehe.

zu 7.2 Bericht über die Prüfung ausgereicher Fördermittel an den Stadtsportbund in den Haushaltsjahren 2007 bis 2010

Einführend erklärte Frau Groß, dass das Rechnungsprüfungsamt die Praxis der Verwaltung bei der Fördermittelvergabe an den Stadtsportbund geprüft habe.

Sie informierte über die Art der Prüfung der Jahre 2007 bis 2010.

18:31 Uhr – Frau Hintz verließ die Sitzung.

Herr Kley wollte wissen, wie es zu der Meldung über Veruntreuung von Geldern durch den Stadtsportbund kam und bat darum, den Ausschussmitgliedern den Bericht und die Stellungnahme der Stadt zur Verfügung zu stellen.

Frau Brünler-Süßner avisierte, dass den Ausschussmitgliedern beides in Verbindung mit dem Protokoll zur Kenntnis gegeben werde.

Frau Nagel stellte fest, dass kein weiterer Informationsbedarf bestehe.

zu 7.3 Sonstiges

Sonstige Informationen gab es nicht.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Mündliche Anfragen waren nicht zu beantworten.

zu 9 Anregungen

Anregungen wurden nicht gegeben.

Frau Nagel schloss die öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses um 18:35 Uhr.

Für die Richtigkeit:

Datum: 21.11.12

Egbert Geier
Bürgermeister

Elisabeth Nagel
Ausschussvorsitzende

Beate Naumann
Protokollführerin

2 Anlagen